

Roter Pressespiegel

Überblick zum Pressespiegel 6/06 (November bis Dezember 2006)

Deutsche Soldaten in Aktion

Ende Oktober wurden in der Presse Fotografien veröffentlicht, die deutsche Soldaten in Afghanistan zeigten. Die Soldaten posierten mit Totenschädeln und „schmückten“ mit den Schädeln ihre Militärfahrzeuge. Die Bilder wurden bereits im April 2003 aufgenommen. Ein Ermittlungsverfahren gegen zwei daran beteiligte Soldaten stellte die Staatsanwaltschaft München Anfang Dezember wegen Verjährung ein. Weitere solcher Verfahren laufen noch. (FR 08.12.06)

Anfang November wurde bekannt, dass die berüchtigte „Elite“-Einheit KSK in Afghanistan eines ihrer Militärfahrzeuge mit Symbolen der Nazi-Wehrmacht besprüht haben. Bekannt wurde auch, dass Fahrzeuge der KSK in Calw (Baden-Württemberg), dem „Heimatstandort“ der KSK, mit Emblemen des Nazi-„Afrika-Korps“ aus dem Zweiten Weltkrieg versehen waren. (taz 02.11.06)

Ebenfalls Anfang November wurde bekannt, dass bereits im Jahre 2002 deutsche Soldaten in Afghanistan an einem Kind eine Scheinhinrichtung durchgeführt hatten. Ein Soldat wird zitiert mit den Worten: „Der Junge hatte unglaubliche Angst, bis er gemerkt hat, dass er nicht wirklich erschossen wird.“ Bis auf eine Ausnahme hätten sich alle daran beteiligten Soldaten amüsiert. Der Junge bekam hinterher ein Dollar „als Lohn“. (taz 06.11.06)

Weitere internationale Aktivitäten der deutschen Armee

Die Bundeswehr erhält in Afghanistan 100 gepanzerte Fahrzeuge des Typs Dingo 2, statt wie bisher geplant 33. Mitte Dezember erklärte sich die Bundesregierung bereit, mehrere Tornado-Kampfflugzeuge, angeblich zu Aufklärungszwecken, in Afghanistan einzusetzen. Ende Dezember wurden mehrer Panzer ins Land verlegt. Das ist seit dem Zweiten Weltkrieg und nach dem Einsatz in Kosova das zweite Mal, das deutsche Panzer auch im Ausland eingesetzt werden. Gleichzeitig wurde die Truppenstärke im größten Feldlager außerhalb Deutschlands um 300 auf 1.700 Soldaten verstärkt. Im Januar soll der deutsche Geheimdienst im Süden des Landes den verstärkten Einsatz der Bundeswehr auch in diesem Gebiet vorbereiten. Bereits jetzt befinden sich mehrere deutsche Soldaten dort. Im kommenden Jahr wird Deutschland mit weiteren 20 Millionen Euro die Ausbildung der Polizei in Afghanistan fortsetzen. (taz 13.12.06, FR 22.12.06, jW 07.12., 28.12., 29.12.06)

Mitte November verlängerte der Bundestag den Einsatz der deutschen Armee im Rahmen der imperialistischen „Operation Enduring Freedom“. Die meisten Soldaten sind dabei am Horn von Afrika eingesetzt, um die dortigen Seewege zu kontrollieren. (FR 11.11.06)

Im Rahmen der verstärkten propagandistischen Vorbereitung eines Bundeswehreinsetzes in der Provinz Darfur im Sudan, erklärte Kriegsminister Jung: „Wir könnten auch jetzt noch Soldaten in den Auslandseinsatz schicken. Dazu ist die Bundeswehr immer in der Lage.“ (taz 17.11.06)

Der zur Zeit laufende Einsatz der Bundeswehr in einem anderen Landesteil des Sudan, wurde Mitte Dezember durch den Bundestag um ein halbes Jahr verlängert. (jW 16.12.06)

Um ein weiteres Jahr verlängert wurde Anfang Dezember der Bundeswehreininsatz in Bosnien-Herzegowina. Nur wenige Tage später übernahm Deutschland das Oberkommando über die imperialistischen Armeen im Land. (FR 01.12., 06.12.06)

Deutsche Rüstungsexporte erhöht

Mitte Dezember veröffentlichte die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung ihren Rüstungsexportbericht für das Jahr 2005. Danach hat der deutsche Imperialismus 2005 Kriegswaffen im Wert von 1,6 Milliarden Euro ausgeführt. Im Jahre 2004 betrug dieser Wert 1,13 Milliarden Euro. Gegenüber 1997 steigerte sich diese Ausfuhr um mehr als 50 Prozent. Rüstungsgüter im Wert von 1,65 Milliarden Euro wurden in Länder geliefert, die „Entwicklungshilfe“ erhalten. Der Wert der Exportgenehmigungen für Kleinwaffen steigerte sich von 1996 bis 2005 um mehr als das siebenfache. (jW 19.12.06)

Gesteigerter deutscher „Nationalstolz“

Die Bielfelder Universität führte kurz vor und nach der Fußball-Weltmeisterschaft eine Umfrage unter der Bevölkerung durch. 86,6 Prozent der Befragten gaben zu, sie seien stolz darauf, Deutsche zu sein – vor der WM waren es knapp 80 Prozent. Über 46 Prozent der Befragten sind stolz auf die deutsche Geschichte – vor der WM waren es knapp 37 Prozent. Zudem stimmten fast 60 Prozent der Befragten der These zu, dass es in Deutschland zu viele Ausländer gebe.

Polizeiterrror gegen DHKP-C

Bei einer großangelegten Razzia am 28. November gegen vermeintliche Unterstützer und Mitglieder der türkischen „Revolutionären Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C) wurden bundesweit 59 Wohnungen, Geschäftsräume und Kulturvereine durchsucht. Dabei wurden Vereinsräume verwüstet, Computer, Handys, Geschäftsunterlagen und antifaschistische Materialien beschlagnahmt. Sämtliche Mitarbeiter von durchsuchten Unternehmen – egal aus welchem Herkunftsland – wurden „erkennungsdienstlich behandelt“; ihre Wohnungen wurden ebenfalls durchsucht. Die Polizei nahm zwei Menschen aus der Türkei fest. In der Türkei kämpft die DHKP-C unter anderem gegen die Isolationshaft in den Hochsicherheitsgefängnissen. Durch den bereits sechs Jahre währenden Hungerstreik verloren 122 Menschen ihr Leben. (jW 30.11.06)

„Bleiberechtsregelung“ für „geduldete“ Flüchtlinge

Mitte November vereinbarten die Innenminister von Bund und Ländern auf einer Konferenz in Nürnberg eine sogenannte „Bleiberechtsregelung“ für „geduldete“ Flüchtlinge. Diese Regelung stellt an die betroffenen 200.000 Flüchtlinge schikanöse Anforderungen, um ein Bleiberecht zu erhalten. Sie müssen seit mindestens acht Jahren in Deutschland gelebt haben und die deutsche Sprache können. Sie dürfen nicht straffällig

geworden sein und es darf kein „Extremismus- oder Terrorismusbezug“ bestehen; außerdem müssen sie ein festes Arbeitsverhältnis vorweisen können. Nach Angaben des niedersächsischen Innenministers Schünemann werden nach diesen Voraussetzungen nur 20.000 Flüchtlinge ein Bleiberecht erhalten. (jW 18.11.06)

Suizidversuch aus Angst vor Abschiebung

Am 1. Oktober wollte ein 35-jähriger Flüchtling aus Afghanistan, bei einem zweiten Abschiebeversuch sich selbst töten. Er sprang von der Flugzeugtreppe und brach sich beide Beine. Mitte November wurde er vom Krankenhaus zurück ins Flüchtlingslager verschleppt. Nach wie vor sagt er, bei einer erneuten Abschiebung werde er sich töten. Der Flüchtling lebt seit fünf Jahren in Deutschland und fällt damit nicht unter die „Bleiberechtsregelung“. (FR 21.11.06)

Suizid aus Angst vor Abschiebung

Am 12. Dezember tötete sich ein kurdischer Flüchtling im psychiatrischen Krankenhaus Wunsdorf aus Angst vor der Abschiebung. Seit Mitte der 90er lebte er mit seiner Familie in Deutschland und bemühte sich erfolglos um ein politisches Asyl. Auch ein fünfmonatiges Kirchenasyl blieb ohne Erfolg. Seine Frau ist bereits mit mehreren Kindern untergetaucht. Nach seiner Selbsttötung wurden fünf weitere Kinder der Familie ebenfalls in die Psychiatrie gesteckt. (FR 15.12.06)

Deutscher Umgang mit Flüchtlingen in Zahlen

In den ersten elf Monaten des Jahres 2006 sank die Zahl der Flüchtlinge, die Asyl beantragten gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 27,3 Prozent auf 19.472.

Abonniert den Pressespiegel

Faksimile aus der bürgerlichen, opportunistischen und demokratisch-antifaschistischen Presse

ca. 150 Seiten, DIN A4, 6 €

Der Pressespiegel erscheint zweimonatlich und stellt faksimilierte Artikel nach folgenden Kategorien zusammen:

- Deutscher Imperialismus nach außen (militärische/politisch/ökonomische) Machenschaften des deutschen Imperialismus
- Deutscher Imperialismus nach innen (Faschisierung/Militarisierung/Repression)
- Kämpfe und Proteste in Deutschland
- Kämpfe und Proteste international

zu bestellen bei:
Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23
60327 Frankfurt/M.
Fax: 069/730920

Im November 2006 wurden 1,1 Prozent aller Antragsteller als „asylberechtigt“ anerkannt – das sind ganze 28 Personen. (jW 12.12.06)

Zahlen zur weiteren Verschärfung der ökonomischen Ausbeutung

Von 1991 bis 2005 sank das Nettoeinkommen der privaten Haushalte, nach Abzug der Preissteigerungen, um zwei Prozent. Im Jahre 2005 hat die Nettolohnquote – der Anteil der Arbeitseinkommen am verfügbaren Einkommen aller privaten Haushalte – mit 41,2 Prozent den niedrigsten Wert seit Bestehen der BRD erreicht. Unternehmens- und Vermögenseinkommen stiegen 2005 um 6,2 Prozent (2004 um 10,4 Prozent). Die Sozialabgaben der Unternehmen stiegen vom Jahre 2000 bis zum zweiten Quartal 2006 um nur 3,5 Prozent – EU-weit stiegen sie um 23,3 Prozent. (FR 28.11.06, taz 30. 11.06, jW 08. 12., 19.12.06)

Nazi-Waffenlager in Bayern entdeckt

Bei einem Polizeieinsatz in mehreren Dörfern in Oberbayern wurde Ende November in 26 Gebäuden ein umfangreiches Waffenlager einer Nazi-Gruppe entdeckt. Insgesamt verfügten die Nazis über mehr als 100 Gewehre, Revolver, Maschinengewehre und Maschinengewehre sowie über Flak-Munition. Außerdem wurden Unmengen von Nazi-Artikeln sichergestellt. Acht Nazis wurden verhaftet. Der Samerberger Bürgermeister Huber versicherte, dass sie „a bisserl Waffen“ hatten und dass sie „a bisserl im Wald rumgeballert haben, das ist kein Geheimnis“. „Ich glaube, dass es das in jedem Dorf gibt.“ Das bayerische Landeskriminalamt verharmloste den Waffenfund, indem es die Waffen als „Statussymbole“ bezeichnete. Bereits im Frühjahr 2005 wurden in dieser Gegend Waffen bei Nazis gefunden. (Jungle World 13.12.06)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

In **Strausberg** (Brandenburg) wurde am 3. November ein Mann aus Vietnam durch zwei Nazis mit einem Messerstich in der Brust lebensgefährlich verletzt. Die Polizei behauptete, ein Nazi-Hintergrund liege nicht vor. (Jungle World 15.11.06)

Am 12. November wurde in **Jena** (Thüringen) ein Mann aus Syrien von mehreren Nazis zusammengeschlagen. Ein Nazi-Hintergrund, so die Polizei, liege nicht vor. (Jungle World 22.11.06)

Fünf Nazis überfielen am 25. November in **Halberstadt** (Sachsen-Anhalt) einen Mann aus Kasachstan. Einer von den Nazis schlug ihn mit einem Baseballschläger. Die Polizei, die den Nazi festnahm, ließ ihn einen Tag später wieder laufen. (Jungle World 06.12.06)

Anfang Dezember wurden in einer Diskothek in **Rostock** acht Menschen aus anderen Herkunftsländern von mehreren Nazis überfallen. Zwei der Opfer mussten ins Krankenhaus. Gegenüber der Presse sprach ein Zeuge von „regelrechten Jagdszenen“. Antifas bezeichneten den Überfall als „die schwerwiegendste rassistische Gewalttat in den letzten Jahren in Rostock“, die nach wie vor verharmlost werde. (Jungle World 20./27.12.06)

Am 8. Dezember überfielen zwei Nazis in **Berlin-Lichtenberg** ein türkisches Imbisslokal. Dem Besitzer gelang es mit seinem Bruder, der mit einem Vierkantholz zuschlug, die Nazis abzuwehren. Die Nazis mussten sich mit Verletzungen zurückziehen. (Jungle World 20./27.12.06)

Im September wurden allein nach offiziellen Zahlen 70 „rechtsextremistische Gewalttaten“ registriert. 50 Menschen erlitten dabei Verletzungen. (jW 11.11.06)

Ausschnitte von Anti-Nazi-Kämpfen

10.000 Menschen verhinderten am 4. November in **Bremen** einen Aufmarsch von 70 Nazis, der von 2.500 Polizisten geschützt wurde. Die Nazis wurden von den Bewohnern der Aufmarschrouten mit Eiern und Flaschen beworfen, so dass sie nur 500 Meter weit kamen. Die Demonstrierenden selbst, die durch die Polizei von den Nazis ferngehalten werden sollten, überrannten mehrere Polizeisperren. Erst an einem Engpaß gelang es der Polizei mit Wasserwerfern und gepanzerten Fahrzeugen die Protestierenden aufzuhalten. Mehrere Menschen wurden durch die Polizei verletzt. Insgesamt konnten die Protestierenden zwei Drittel der gesamten Nazi-Route besetzen. Im Verlauf der achtstündigen Anti-Nazi-Kämpfe nahm die Polizei 100 Demonstranten fest. (jW 06.11.06)

Knapp 10.000 Menschen protestierten am 18. November in **Halbe** (Brandenburg) gegen eine geplante Nazi-Kundgebung. Die 1.000 Nazis verlegten kurzfristig ihren Kundgebungsort nach **Seelow**. Dort stellten sich 1.000 Antifas den Nazis entgegen. (jW 20. 11.06)

In **Berlin** demonstrierten am 25. November 1.000 Antifas in Gedenken an den 1992 von Nazis ermordeten Antifaschisten Silvio Meier. Insgesamt waren 1.200 Polizisten aufmarschiert, die die Demo immer wieder angriffen. Mehrere Antifas wurden dabei verletzt. (jW 27.11.06)

1.000 Menschen protestierten am 9. Dezember in **Berlin** gegen einen Aufmarsch von 100 Nazis. 600 Antifas blockierten dabei über mehrere Stunden die Aufmarschrouten. (jW 11.12.06)

Am selben Tag gingen in **Celle** 3.000 Menschen auf die Straße, um gegen einen Aufmarsch von 150 Nazis zu protestieren. Mehrere Antifas wurden durch Polizeihunde Bissverletzungen zugefügt. (jW 11.12.06)

Erneut Proteste von Flüchtlingen

Ende Oktober beendeten die Flüchtlinge im Lager Blankenburg ihren vierwöchigen Streik gegen die schlechten Lebensbedingungen, ohne jedoch ihre Demonstrationen für eine Verbesserung dieser Bedingungen einzustellen.

Am 8. November begannen die Flüchtlinge im Abschiebelager Bramsche mit einem Warnstreik ihren Kampf für eine Verbesserung der dortigen Lebensbedingungen. Am 21. November traten sie in einen unbefristeten Boykott des Lageressens, gleichzeitig kritisierten sie u. a. die schlechte Gesundheitsversorgung und die soziale Isolierung der im Lager internierten Kinder. 70 Flüchtlinge und 30 Unterstützerinnen und Unterstützer demonstrierten am 25. November in **Osnabrück**, um auch öffentlich auf die Zustände im Lager aufmerksam zu machen. Fünf Tage später blockierte die Flüchtlinge die Zufahrt zum Lagergelände. Am 5. Dezember beendeten die Flüchtlinge vorerst ihren Streik und kündigten an, mit Demonstrationen und weiteren Aktionen ihre Proteste fortzusetzen.

Wie beim Flüchtlingskampf in Blankenburg waren auch in Bramsche die Flüchtlinge Repressionen von seiten der Polizei ausgesetzt. Ein Flüchtling, der ein Gespräch mit dem Lagerleiter verlangte, wurde unter Einsatz von Pfefferspray umgehend festgenommen. Gegen mehrere Flüchtlinge laufen mittlerweile Ermittlungsverfahren.

(anna 30.11., 14.12.06, jW 07.12.06)

Weitere militante Kämpfe in Mexiko

Auch nach dem Einmarsch von über 4.000 Polizisten Ende Oktober in die Stadt **Oaxaca**, um den seit Monaten währenden Aufstand von mehreren Zehntausend Menschen niederzuschlagen, setzten die Protestierenden den Kampf fort.

Entgegen der Behauptung des mexikanischen Präsidenten Fox, „sozialer Friede und Ruhe sei wieder hergestellt“, konnte die Polizei drei Tage nach ihrem Angriff nur die Kontrolle über das Stadtzentrum erlangen. Brennende Barrikaden und Protestdemonstrationen tausender Menschen prägten statt dessen Anfang November das Bild. Ständig wurden neue Barrikaden gegen die Polizeitruppen errichtet und Straßen blockiert.

Am 3. November kam es zu einer mehrstündigen Straßenschlacht, bei der es den Protestierenden gelang die Polizei aus dem Universitätsviertel zu vertreiben, wo diese eine dort stationierte Radiostation der Aufständischen zerstören wollte. Mindestens 200 Aufständische wurden bei der Verteidigung ihres Senders verletzt. Zwei Tage später demonstrierten 20.000 Aufständische ins Stadtzentrum und forderten den Abzug der Polizei, die sich auf den umliegenden Hausdächern verschanzt hatte. Am folgenden Tag wurden erste Bombenanschläge der Aufständischen auf Regierungseinrichtungen verübt. Die Kämpfe sind auch in den folgenden Wochen ungemindert fortgesetzt worden. So wurden Ende November die Polizeitruppen mit Steinen, Brandsätzen und Feuerwerkskörpern angegriffen und ein Gerichtsgebäude und das Finanzamt in Brand gesetzt.

(jW, 01.11., 02.11., 04.11.06, FR 06.11., 08.11.06, taz 28. 11.06)

Streikampf gegen den VW-Konzern in Belgien

Im Oktober hatte die IG-Metall-Führung einer Verlängerung der Arbeitszeit für 100.000 VW-Beschäftigte in Deutschland zugestimmt, in dessen Folge ein Großteil der VW-Produktion aus Belgien nach Deutschland verlegt werden soll.

Am 17. November begann im Brüsseler VW-Werk ein Streikkampf der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die Verlegung der Produktion nach Deutschland und die damit einhergehende Vernichtung von bis zu 4.000 Arbeitsplätzen. Bereits am 21. November wurde der Betrieb besetzt, um einen Abtransport der Maschinen zu verhindern. Von den 2.000 Fahrzeugen, die zur Auslieferung bereit standen, behielten die Arbeiterinnen und Arbeiter die Wagenschlüssel ein. Der Werkschutz wurde vom Gelände verjagt – der Champagnervorrat der Geschäftsführung wurde konfisziert. Zur gleichen Zeit waren bereits mehrere Hundertschaften der Polizei mit Wasserwerfern aufgefahren, um den VW-Konzern vor den Protesten zu schützen. Die Beschäftigten hatten bereits sämtliche Zufahrten des Betriebs unter ihrer Kontrolle.

Bisheriger Höhepunkt der Kämpfe war eine Demonstration am 2. Dezember in Brüssel, an der sich 25.000 Arbeiterinnen und Arbeiter aus verschiedenen europäischen VW-Werken, aus Werken anderer Autohersteller und aus Zulieferbetrieben beteiligten, und die unter großer Solidarität der Bevölkerung stattfand.

(jW 22.11., 25.11., 04.12.06, FR 23.11.06)

Abkürzungen: FR (Frankfurter Rundschau), jW (junge Welt), taz (die tageszeitung), anna (antifaschistische nachrichten).